

# Die Reaktion der Presse auf den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag 1963

Von Roland A. Höhne\*

» Der deutsch-französische Vertrag löste in der internationalen Presse sehr widersprüchliche Reaktionen aus. In der westlichen Presse wurde er teils als Krönung der deutsch-französischen Aussöhnung und als entscheidender Beitrag zur europäischen Einigung gefeiert, teils als tödliche Gefahr für die Einheit Europas und der Atlantischen Allianz gebrandmarkt. In der östlichen Presse wurde er dagegen als Verschwörung der französischen Gaullisten und der westdeutschen Revanchisten gegen den Weltfrieden verurteilt.

Wohl der wichtigste Grund für die ambivalente Reaktion der Westpresse bildete das zeitliche Zusammentreffen der Vertragsunterzeichnung (22. Januar 1963) mit dem französischen Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt (19. Januar 1963), das zum Scheitern der Brüsseler Beitrittsverhandlungen am 28. Januar 1963 führte. Dadurch wurde der deutsch-französische Vertrag unmittelbar in die Auseinandersetzungen über die gaullistische Außenpolitik einbezogen, bei denen es vor allem um die Frage ging, ob diese mit den Zielen und Idealen der europäischen Einigung und der atlantischen Zusammenarbeit vereinbar sei. Die Folge davon war, daß der deutsch-französische Vertrag nicht primär nach seiner Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen, sondern nach seinen Auswirkungen auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die NATO beurteilt wurde. Auch in der deutschen und französischen Presse hatte die bilaterale Verabredung viele Gegner. Der Freundschaftsvertrag war alles andere als unumstritten, wie dieser gekürzten Analyse und kommentierten Presseschau aus dem *Dokumente*-Sonderheft zu den deutsch-französischen Beziehungen seit 1963 zu entnehmen ist, das Ende 1978 erschien.

Mit Ausnahme des *Rheinischen Merkurs* reagierte die Presse der Bundesrepublik sehr zwiespältig auf den deutsch-französischen Vertrag. Einerseits begrüßte sie ihn als Krönung der deutsch-französischen Aussöhnung, andererseits warnte sie vor seinen negativen Auswirkungen auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Atlantische Allianz sowie die deutsch-britischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen. „Bittersüß sind unsere Gefühle an diesem Tag“, schrieb Georg Schröder in *Die Welt* anlässlich der Reise von Bundeskanzler Adenauer nach Paris. „Vergewaltigung droht uns (...) Was ein Tag freudiger Bekundung deutsch-französischer Zusammenarbeit sein könnte, des gemeinsamen Triumphes über eine besiegte blutige Vergangenheit, ist durch die antibritische Politik des französischen Staatspräsidenten für uns zu einem Alpdruck geworden.“

„Heute wie gestern sagen wir ja, aufrichtig ja zu der neuen Vereinbarung“, versicherte Schröder. „Aber“, so schränkte er sofort seine Zustimmung wieder ein, „die Unterschrift unter solche Vereinbarung darf nicht mißverstanden werden als deutsche Billigung gaullistischer Europapolitik. Die

\* Roland A. Höhne, Professor (em.) für Romanistik und Landeskunde an der Gesamthochschule Kassel, Arbeitsschwerpunkte u. a. Nationalismus und Rechtsextremismus, Gaullismus und Neogaullismus in Frankreich.

Gefahr, daß dies dennoch geschieht, daß dadurch französische Irrtümer über die deutsche Haltung gefördert werden, daß Briten und Amerikaner uns mitverantwortlich machen für die Verbannung Englands aus Europa, für die antiamerikanische Zielsetzung de Gaulles – diese Gefahr ist riesen-groß.“

Auch sein Kollege Paul Sethe warnte vor dieser Gefahr. Trotzdem begrüßte er jedoch den deutsch-französischen Vertrag und würdigte ihn als ein historisches Ereignis von großer Tragweite. „Um zu erimmen, was am Dienstag geschah“, schrieb er nach der Vertragsunterzeichnung in „Die Welt“, „muß man sich vier Jahrzehnte zurückversetzen und sich fragen, ob ein solcher Vertrag auch zu Zeiten von Weimar hätte abgeschlossen werden können. Ganz undenkbar ist es nicht, etwas Ähnliches mag Stresemann und Briand vorgeschwebt haben. Aber die Entwicklung ging über beide hinweg, und statt der Zusammenarbeit gab es wieder einen törichten und blutigen Krieg“. Dieser, so meinte Sethe, wurde schon 1939 „vom Instinkt beider Nationen“ als veraltetes Mittel der Politik abgelehnt. „Der Vertrag von Paris soll es endgültig ersetzen durch eine so enge Verzahnung staatlicher und militärischer Tätigkeit, daß ein anderes Verhältnis als das der Freundschaft abgeschlossen ist.“

Paul Sethe warnte jedoch davor, „das Neue und Originelle in dem Pariser Vertrag überzubewerten“. Frankreich, so erinnerte er, habe schon früher Freundschaftsverträge oder ähnliche Abkommen mit verschiedenen deutschen Staaten abgeschlossen: mit den Kurfürsten von Köln, von Bayern und von Brandenburg, gelegentlich auch mit dem österreichischen Herrscherhaus.

„All diese Verträge galten der Aufrechterhaltung französischer Hegemonie auf dem festländischen Europa.“ Skepsis gegenüber den französischen Intentionen sei daher angebracht, um so mehr, als sich die gaullistische Politik eindeutig gegen Großbritannien richte. „Die Absage de Gaulles an Großbritannien hat alte Meinungen und Urteile, möglicherweise Vorurteile, neu belebt. Die meisten Europäer sind davon überzeugt,

daß der General sich unter Europa etwas anderes vorstellt als sie, daß er in der werdenden Gemeinschaft eine Plattform sieht für eine neue, nur heute entsprechend dem Wandel der Jahrhunderte verfeinerte französische Vorherrschaft auf dem Kontinen.“ (...)

Die überwältigende Mehrheit der bundesdeutschen Presse entschied sich für die europäische Gemeinschaft, für Großbritannien und für die atlantische Allianz.

„Die Bundesrepublik“, meinte Paul Sethe kategorisch in *Die Welt*, „kann unmöglich (...) eine Politik fördern, die sich gegen das britische Reich wendet. Sie muß selbst den Anschein vermeiden, sie könne sich eine europäische Gemeinschaft ohne die Insel denken.“

Marion Gräfin Dönhoff begründete in *Die Zeit* unter der Überschrift *Das wäre das Ende Europas* die antigaullistische Entscheidung der großen Mehrheit der bundesdeutschen Presse mit den folgenden Argumenten: „De Gaulle hat mit der Ablehnung des britischen EWG-Beitritts und mit der Zurückweisung des amerikanischen Vorschlags einer multilateralen NATO Atomstreitmacht (...) die Atlantische Gemeinschaft ausgeschlagen. Statt dessen hat er sich für eine kontinentale Lösung gegen die Briten und Amerikaner entschlossen. Dies bedeutet das langsame Absterben der Gemeinschaftsimpulse im Kreise der Sechs und die Wiederbelebung alter polarer Denksysteme. Wenn sich Deutsche und Franzosen eng zusammenschließen, dann werden auch die Briten und Amerikaner noch enger zusammenrücken, weil sie denken, der deutsch-französische Zusammenschluß sei gegen sie gerichtet. Und schon sind Fronten da, schon entwickeln sich neue Antagonismen, die nicht nur die Europäische Gemeinschaft, sondern langfristig auch die Atlantische Allianz zerstören werden. Die Folge wäre ein Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa, die größte Katastrophe für die zivilisierte Welt seit dem Rückzug der römischen Legionen.“

Trotz der heftigen Kritik der gaullistischen Außenpolitik, besonders ihrer antibritischen und

antiamerikanischen Tendenzen, durch *Die Welt* und *Die Zeit* begrüßten beide Organe den deutsch-französischen Vertrag. Paul Sethe meinte in *Die Welt*: „Was aber auch immer das Schicksal des Vertrages sein wird, man wird in ihm ein äußeres Zeichen für die innere Wandlung sehen dürfen, die in dem Fühlen der beiden Völker vor sich gegangen ist. Außer zwischen Engländern und Franzosen sind noch nie so viele Kriege ausgefochten worden wie zwischen Deutschen und Franzosen. Es ist eine lange, sehr ruhmreiche und sehr traurige Geschichte, die sich unserem geistigen Auge darbietet. Wunder an Tapferkeit sind vollbracht, Ströme von Blut sind vergossen, das Lebensglück ganzer Generationen ist vernichtet worden, und schließlich hat Europa seine führende Stellung über dem inneren Hader zweier seiner führenden Völker verloren. Nun sind die Menschen endlich der Erbfeindschaft müde geworden, sie haben den Haß als schreckliche Torheit erkannt. „Angesichts dieser historischen Bedeutung des Vertrages“, so schloß Sethe seine Betrachtung, „muß das deutsche Volk ihn bejahen, auch wenn es die antibritischen Tendenzen der gaullistischen Politik ablehnt.“

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) plädierte wie *Die Welt* und *Die Zeit* für den Beitritt Großbritanniens zur EWG und für die Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Sie kritisierte deshalb ebenfalls die französische Haltung in beiden Fragen, wenngleich nicht mit der gleichen Heftigkeit. Trotzdem befürwortete sie grundsätzlich eine Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen und begrüßte den Abschluß des deutsch-französischen Vertrages. Dieser, so schrieb Hans Achim Weseloh am 24. Januar 1963, „ist geeignet, der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den nächsten Monaten und Jahren einen neuen Aufschwung zu geben. Die Bindung, die Deutschland und Frankreich mit der Ratifizierung eingehen, wird enger und weit detaillierter sein als etwa vor dem Ersten Weltkrieg die Entente Cordiale mit Großbritannien. Sie bedeutet (...) keine Partnerschaft, sondern eine Zusammenarbeit zweier, besonders in ihrer Außenpolitik und ihrer Verteidigungspolitik unabhängigen Staaten, zwischen denen weiterhin

„Meinungsverschiedenheiten unter Freunden‘ bestehen können und werden.“

Meinungsverschiedenheiten, so konstatierte Weseloh, bestehen vor allem in der Frage des britischen EWG-Beitritts und damit des Verhältnisses des europäischen Festlandes zur angloamerikanischen Welt und in der Frage der westlichen Atomrüstung. „In beiden Fragen ist die deutsche Politik völlig unverändert geblieben und wird es trotz der nun skizzierten engeren Zusammenarbeit mit Frankreich bleiben, obwohl diese auch Konsultationen mit dem Ziel einer Harmonisierung der Standpunkte vorsieht.“

Daraus könnten sich Schwierigkeiten für die deutsch-französischen Beziehungen ergeben, aber es dürfte kaum zum Bruch zwischen den beiden Ländern kommen.

„Die Politik der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit“, so meinte Weseloh optimistisch, ist nun (durch den deutsch-französischen Vertrag) „eindeutig und für die Dauer fixiert worden. Sie ist (...) ein Grundelement der deutschen Politik, wenn sie auch gegenwärtig eine gewisse Einigkeit, uneinig zu sein, in zwei wichtigen Punkten enthalten muß.“ Die Bundesrepublik muß, so erklärte Weseloh, aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen in der Frage des britischen EWG-Beitritts und der westlichen Verteidigungskonzeption an ihrem Standpunkt festhalten. Ihre internationale Politik darf nicht in ein Zwielicht geraten. Trotzdem, und hier unterschied sich die *FAZ* wesentlich von der *Welt* und der *Zeit*, kann sie mit Frankreich politisch und militärisch eng zusammenarbeiten, wie es der Vertragstext vorsieht.

Das einzige bedeutende Presseorgan der Bundesrepublik, das den deutsch-französischen Vertrag vorbehaltlos begrüßte, war der *Rheinische Merkur*. Er übersah zwar keineswegs die gravierenden deutschfranzösischen Gegensätze in der Außen- und Verteidigungspolitik maß aber trotzdem dem Vertrag eine große Bedeutung bei. „Die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrages“, schrieb Paul Wilhelm Wenger nach der Vertrags-

unterzeichnung, „wird vor allem dadurch unterstrichen, daß künftig solche Überraschungen wie de Gaulles Wendung gegen den EWG-Beitritt Englands nicht mehr möglich sein werden.“ Denn, so begründete er seine Meinung, „der neue Pakt (...) sieht vor allem die gegenseitige Unterrichtung der Regierungschefs über ihre Pläne und Absichten vor. Er schließt also eine Lücke in der politischen Technik der Partnerschaft und setzt damit zugleich ein Modell, das sich zur Nachahmung empfiehlt.“

Wenger war sich jedoch darüber im klaren, daß die Konsultationsmechanismen allein noch nicht zu einer Harmonisierung der deutschen und der französischen Politik führen würden. Er meinte daher, der wirkliche Nutzwert des Vertrages werde davon abhängen, was aus den gebotenen Chancen gemocht werde. „Die vielberufene deutsch-französische Freundschaft“, schrieb er, „ist kein Abstraktum, das ohne ständige Bekräftigung durch die Tat leben könnte. Sie bedarf vielmehr des wachsenden beiderseitigen Gebens und Nehmens, wenn sie die starke Basis der europäischen Gemeinschaft bleiben soll.“

Wie *Le Figaro* war der *Rheinische Merkur* der Meinung, daß die Verstärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in immer neuen Formen die unabdingbare Voraussetzung dafür sei, „daß die Erweiterung der europäischen Gemeinschaft (...) nicht zu einer Aushöhlung führt, wie sie nicht nur de Gaulle für den Fall befürchtet, daß die Bundesrepublik die bisherige Zusammenarbeit mit Paris als Ballast der Ära Adenauer abwerfen und verraten sollte“.

Ohne lebendige deutsch-französische Zusammenarbeit, mahnte Wenger, „würde die Ausweitung der europäischen Gemeinschaft mit ihrer Mumifizierung im Stil der unrühmlich verwesenen Westeuropäischen Union bezahlt werden müssen.“ (...)

Die Opposition gegen de Gaulles Außenpolitik und damit indirekt gegen den deutsch-französischen Vertrag verstärkte sich deutlich nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über den

Aufnahmeantrag Großbritanniens, für das die deutsche Presse fast einstimmig Frankreich verantwortlich machte. Zum Wortführer der anti-gaullistischen Opposition machten sich *Die Welt* und *Die Zeit*, Organe die innenpolitisch die damalige Regierungskoalition unterstützten. Die Chefredakteurin der *Zeit*, Marion Gräfin Dönhoff, bezeichnete den 28. Januar 1963, an dem die Brüsseler Verhandlungen scheiterten, als einen schwarzen Tag für Europa. „Erstens“, so begründete sie ihre Behauptung, „ist die Arbeit vieler Jahre, die Arbeit am Einigungswerk Europas, brutal gestoppt, vielleicht zerschlagen worden; und dies in einem Moment, in dem die Integration des Westens über die Desintegration des Ostens zu triumphieren schien.“

„Zweitens“, fuhr sie fort, „ist mitten in das zwanzigste Jahrhundert wieder der Virus nationaler Großmannssucht längst vergangener Epochen eingeschleppt worden. Europa schickte sich gerade an, zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuwachsen, und nun beginnt wieder das alte Dreiecksspiel aus der Mottenkiste zwischen England, Frankreich und Deutschland. Wenn zwei sich eng zusammenschließen, dann geschieht das mit einer ganz ausgesprochenen Spitze gegen den Dritten. Und dieser Dritte wird rein automatisch ganz eng an die Seite der USA gedrückt, so daß schließlich der Westen in die angloamerikanische Partnerschaft, das Lager der Achse Bonn – Paris und einige mißgestimmte kleinere europäische Nationen zerfällt.“ Die Chefredakteurin von *Die Zeit* betrachtete das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen jedoch nicht nur als einen schweren Schlag für Europa, sondern auch als ein „Fiasko der deutschen Außenpolitik“. Das Ziel der deutschen Außenpolitik, so argumentierte sie, sei stets die Einigung ganz Europas gewesen, weshalb sie stets für den Beitritt Großbritanniens zur EWG eingetreten sei. Nun aber decke die Bundesrepublik durch ihr Sonderverhältnis zu Paris indirekt das antibritische Verhalten Frankreichs und zerstöre damit ein wichtiges Fundament ihrer Außenpolitik.

Die politisch-ideologischen Grundlagen der anti-gaullistischen Haltung der „Zeit“ verdeutlicht

chen die folgenden Sätze von Gräfin Dönhoff: „Mein Gott, da sind zwei Weltkriege über Europa hinweggegangen und haben die alten Vorstellungen und Spielregeln ad absurdum geführt, da wurden mit Hilfe Amerikas die Überreste wieder gesammelt und zu einem neuen Muster gefügt, und nun kommen zwei alte Herren und wollen wieder nach vorgestriger Methode das alte Spiel weiter spielen!“

Entscheidend für die Opposition gegen den deutsch-französischen Vertrag war jedoch nicht die antibritische und antieuropäische, sondern die antiamerikanische Tendenz der gaullistischen Außenpolitik, denn diese traf unmittelbar den Nerv des außenpolitischen Selbstverständnisses der publizistischen Eliten der Bundesrepublik. (...)

De Gaulles Konzept eines „kontinentalen Europas“ beruhe auf der Überzeugung, daß die Engländer eine „Nation von Händlern“ seien, die ganz andere Interessen als die Kontinentaleuropäer hätten und deshalb auch nicht zu Europa gehörten. Auch auf die Amerikaner könne sich Europa nicht verlassen, denn sie befänden sich nur aus Zufall, nicht aber aus geschichtlicher Notwendigkeit im Herzen Europas. Mit ihrem Rückzug müsse daher früher oder später gerechnet werden. Europa dürfe deshalb in seiner Verteidigung nicht von Amerika abhängig sein, sondern müsse sich gegebenenfalls selbst verteidigen können. Bei seiner antiamerikanischen Politik, so führte Gräfin Dönhoff ihre Vorstellungen weiter aus, gehe de Gaulle bewußt das Risiko des Verlustes der Märkte der Atlantischen Gemeinschaft ein, denn er hoffe, ihn durch den Gewinn von Märkten im Osten kompensieren zu können, „in jenem ‚Europa bis zum Ural‘, von dem er gelegentlich gesprochen hat und über das er sich mit Chruschtschow einigen will, der, von den Chinesen hart bedrängt, sich eines Tages, so meint de Gaulle, mit dem Westen aussöhnen wird.“ (...)

Ihre atlantische Überzeugung veranlaßte Gräfin Dönhoff in *Die Zeit*, eindringlich vor der gaullistischen Europapolitik zu warnen. „Wacht auf Freunde! Was hier mit de Gaullescher Zielstrebigkeit und Unbeirrbarkeit eingefädelt wor-

den ist, das zerschlägt alle Grundlagen, die die westliche Welt in den letzten vierzehn Jahren aufgebaut hat“, nämlich die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit innerhalb der EWG bzw. der NATO. Diese, so insistierte Gräfin Dönhoff, sei lebensnotwendig für Europa. (...)

Ein Ausscheiden aus dem westlichen Bündnis aber würde Europa früher oder später von der Sowjetunion abhängig machen. Die bisher negative Reaktion der Sowjetunion auf de Gaulles Politik erlaube nicht den Schluß, daß es nicht doch zu einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit kommt, wie sie de Gaulle anstrebt. „Moskau braucht einfach Zeit, um sich in die überraschende de Gaullesche Perspektive hinein-zudenken. Wenn es dies aber getan hat, dann wird es sich mit de Gaulle gegen die Amerikaner verständigen, um sie aus Europa zu vertreiben.“

Gräfin Dönhoffs Argumente gegen de Gaulles Europakonzeption offenbaren den tieferen Grund für die antigaulistische Haltung der Mehrheit der bundesdeutschen Presse: die Furcht vor einer Isolierung von Amerika durch ein französisch-sowjetisches Bündnis. Diese Furcht beruhte psychologisch auf einem hohen Sicherheitsbedürfnis und einem tiefsitzenden Mißtrauen gegenüber Frankreich. Während das Sicherheitsbedürfnis aus den militärischen Machtverhältnissen und geopolitischen Bedingungen in Mitteleuropa resultierte, also objektive Ursachen hatte, wurzelte das antifranzösische Mißtrauen in historischen Erfahrungen, die völlig ungeeignet waren, die weltpolitischen Realitäten des Jahres 1963 zu erfassen. Ihr Einfluß auf die Haltung der bundesdeutschen Presse gegenüber der gaullistischen Europapolitik und damit indirekt gegenüber dem deutsch-französischen Vertrag zeigt, wie stark diese von irrationalen Faktoren bestimmt wurde. Der Irrationalismus war allerdings nicht auf die deutsche Presse beschränkt, wie die Reaktion der französischen, britischen und amerikanischen Öffentlichkeit auf den Pariser Vertrag demonstriert.

Die Reaktion der französischen Presse auf den deutsch-französischen Vertrag war ebenfalls zwie-

spätig. Einerseits begrüßte sie ihn als die Krönung der deutsch-französischen Aussöhnung, andererseits befürchtete sie negative Folgen für die Europäische Gemeinschaft, die Atlantische Allianz und das französisch-britische sowie französisch-amerikanische Verhältnis. Weit stärker als die deutsche Presse sah sie allerdings den deutsch-französischen Vertrag im Kontext der gaullistischen Außenpolitik.

Sie interessierte sich vor allem für die Frage, ob die deutsch-französische Zusammenarbeit, die durch den Vertrag institutionalisiert wurde, einen Ausweg aus der „europäischen Krise“ eröffnen könne, die durch de Gaulles Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgelöst wurde. Konkret ging es ihr dabei um die Möglichkeit einer Vermittlungsaktion Adenauers zwischen Großbritannien und Frankreich, denn für die Mehrheit der französischen Presse rangierte das französisch-britische Verhältnis noch immer vor dem deutsch-französischen.

Allerdings hatte die Bundesrepublik im Laufe der Jahre nicht nur bei den „Europäern“ wie zum Beispiel dem *Figaro*, sondern auch bei den Gaulisten wie der *Nation* an Bedeutung gewonnen. Dies war einerseits eine Folge der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Gemeinschaften, andererseits eine Folge des teilweisen Fehlschlags der gaullistischen Außenpolitik. Der französischen Diplomatie war es nämlich nicht gelungen, schon vor dem Besuch Adenauers in Paris (21. Januar 1963) einen endgültigen Abbruch der Verhandlungen der sechs EWG-Staaten mit Großbritannien herbeizuführen, was noch de Gaulles Sicht klare Grundlagen für einen Neubeginn der Bemühungen um die europäische politische Union hätte legen können. (...)

Viele französische Zeitungen fürchteten daher, daß die anderen EWG-Staaten die französische Unnachgiebigkeit in der Frage der Aufnahme Großbritanniens mit einer ebenso negativen Haltung bei der Regelung von EWG-Fragen beantworten könnten, an deren Lösung Frankreich besonders gelegen sei, wie etwa der Frage der Assozi-

ierung afrikanischer Staaten. Sie hofften daher, mit deutscher Hilfe Frankreichs Isolierung durchbrechen zu können.

Roger Massip schrieb in *Le Figaro*, der deutsch-französische Vertrag kröne die von Robert Schuman und Konrad Adenauer seit 1950 betriebene deutsch-französische Aussöhnung. „Robert Schuman avait conçu ce rapprochement historique comme un élément primordial de l'unification européenne. C'est dans un esprit identique que le général de Gaulle poursuit le même dessin.“ Nur durch einen „ärgerlichen Zusammenfall“ (fâcheuse coïncidence) sei das Ziel in einem Augenblick erreicht worden, in dem die Schaffung der europäischen Einheit in Schwierigkeiten geraten sei. Die Krise mit Großbritannien sei bedauerlich, aber „ohne eine enge Entente zwischen Paris und Bonn ist ein vereintes Europa nicht möglich.“

Robert Bony vertrat in *L'Aurore* genau die gegenteilige Ansicht. De Gaulle, so argumentierte er, setze nicht die Politik seiner Vorgänger fort, sondern breche mit ihr. Der deutsch-französische Vertrag illustriere diesen Bruch. Die französische Außenpolitik gründete seit 1944 vor allem auf der atlantischen Allianz. Ohne diese hätte sich weder Frankreich noch Europa aus ihren Ruinen erheben und der sowjetischen Bedrohung widerstehen können. Die französische Außenpolitik gründete ferner auf der britischen Freundschaft. Diese habe sich in zwei Weltkriegen bewährt und gemeinsam mit der amerikanischen wesentlich zum Wiederaufbau und zum Schutz Frankreichs sowie Europas beigetragen. Beide Grundlagen der bisherigen französischen Außenpolitik stelle de Gaulle durch seine umstrittene und auch fragliche Europakonzeption heute in Frage.

„Il y a dans cette conception de l'Europe telle que la veut de Gaulle, c'est-à-dire coupée de la Grande-Bretagne et guidée par deux Etats, en quelque sorte suzerains, la France et l'Allemagne, un péril dont les dimensions ne sauraient échapper à quiconque.“ Die Gefahr bestehe darin, „que les Etats-Unis, voyant l'Europe s'engager dans cette voie, retirent les troupes qui la protègent, voire renoncent finalement à la défendre.“

Angesichts dieser Gefahr, folgte *L'Aurore*, sei der deutsch-französische Vertrag nur sinnvoll innerhalb eines großen Europas, das auch Großbritannien voll und ganz miteinschließt.

Die kommunistische *L'Humanité* lehnte den deutsch-französischen Vertrag ebenfalls ab, allerdings aus ganz anderen Motiven. Sie bezeichnete ihn als „ein Bündnis der französischen Gaullisten mit den westdeutschen Revanchisten gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager.“ Frankreich habe sich mit dem einzigen europäischen Staat verbündet, der offen territoriale Forderungen erhebe. „Avec l'Allemagne militariste, où les postes-clés, dans tous les domaines, sont occupés par d'anciens nazis.“ Der „Vertrag de Gaulle – Adenauer“ kette Frankreich an ihr Schicksal. „Nous ne pouvons l' accepter.“

Die *L'Humanité* lehnte somit den deutsch-französischen Vertrag nicht wie *L'Aurore* wegen seiner antibritischen und antiamerikanischen Tendenzen, sondern wegen seiner antisowjetischen Tendenzen ab. Sie benutzte jedoch ebenfalls die antibritische Haltung der französischen Delegation in Brüssel, um die öffentliche Meinung gegen de Gaulles Außenpolitik und damit indirekt gegen den deutsch-französischen Vertrag zu mobilisieren. Nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über das britische EWG-Beitritts-gesuch schrieb *L'Humanité*: „Ni la colère des Etats-Unis ni l'humiliation de l'Angleterre ne sont synonymes de victoire pour la France. Le fait est que depuis des années jamais notre pays n'avait été aussi isolé. Il l'est même de ses proches voisins, de cette petite Europe dont de Gaulle avait rêvé d'être le nouveau Charlemagne...“

An diese Feststellung knüpfte die *L'Humanité* die rhetorische Frage: „Le pouvoir gaulliste rabaissera-t-il notre pays au rang qui est celui du Portugal de Salazar ou de la Grèce de Caramanlis?“ und gab zur Antwort: „Nous y sommes condamnés si nous n'imposons pas un changement radical de l'orientation donnée par de Gaulle à notre politique étrangère. En recherchant l'alliance des forces les plus rétrogrades, les plus fascinantes d'Europe il voue notre pays à une déchéance inéluctable.“

Als Alternative zur gaullistischen Außenpolitik schlug *L'Humanité* vor, daß Frankreich aktiv für die Abrüstung und für die friedliche Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten eintrete. Sie übernahm damit uneingeschränkt die außenpolitischen Forderungen der Sowjetunion. Die französische Presse beschäftigte sich ferner intensiv mit den möglichen Folgen des deutsch-französischen Vertrages. Bis auf *La Nation* und *Le Figaro* schätzte sie diese überwiegend negativ ein. Er werde weder den deutsch-französischen Gegensatz in den Fragen des britischen EWG-Beitritts, der westlichen Verteidigungskonzeption und der europäischen Integration beseitigen, noch Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu einer Änderung ihrer Haltung bewegen. Wohl aber werde er die Beziehungen zu den übrigen EWG-Staaten (Italien, Benelux) und zu den sozialistischen Ländern, insbesondere zu der Sowjetunion, schwer belasten und damit die außenpolitische Isolierung Frankreichs verstärken. Die französische Presse begründete ihre negative Einschätzung mit dem Argument, daß kein ausländischer Staatsmann, auch Konrad Adenauer nicht, die außenpolitischen Motive und Ziele de Gaulles teile.

„Il (Adenauer) entend couronner l'oeuvre du rapprochement franco-allemand, qui a constitué depuis qu'il a pris le pouvoir la pierre angulaire de sa politique étrangère“, schrieb der Herausgeber von *Le Monde*, Beuve-Méry. Der deutsch-französische Vertrag sei jedoch nichts weiter als „un assez modeste substitut de ces Etats-Unis d'Europe dont il fut et demeure le partisan convaincu.“

Wenn er trotzdem den deutsch-französischen Vertrag akzeptiert habe, dann allein deshalb, weil er eine Entente mit Frankreich als fundamental betrachte. „Mais il doit par moments s'interroger sur la solidité des liens qui vont être tissés. Suffit-il vraiment de se rencontrer fréquemment, de constituer des comités mixtes dans tous les domaines (...) à la définition d'attitudes communes?“

De Gaulle glaubt dies, denn er hat die Initiative für diese „mariage de fait“ ergriffen. Nach dem Scheitern seines Planes einer politischen Union der Sechs beabsichtigt er, „de forcer la main, en

quelque sorte, à ses autres partenaires en se mettant d'accord avec le principal sur la mise en application immédiate avec lui des principales dispositions de ce projet. " Er übersieht jedoch, daß Adenauer die Hände gebunden sind, denn „à part lui, tous les dirigeants allemands sont favorables à l' Angleterre".

In ausführlichen Berichten über die innerdeutschen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern eines deutschfranzösischen Sonderbundes bemühte sich der Deutschlandkorrespondent von *Le Monde*, Roland Delcours in den folgenden Wochen und Monaten nachzuweisen daß Adenauer nahezu total außenpolitisch isoliert sei. *Le Monde* unterschätzte jedoch keineswegs den Wert der Konsultationsvereinbarungen des Vertrages. „L'expérience des organisations internationales et celle plus récente de la collaboration franco-allemande poussent à ne pas sous-estimer les résultats de contact quotidien entre les hommes.“ Trotzdem blieb er skeptisch, denn „de là à voir dans le document signé mardi le début d'une ère nouvelle, la rupture définitive avec un passé de rivalités, il y a une marge.“ Wichtiger für die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei jedoch die Möglichkeit, die außenpolitischen Optionen beider Vertragspartner zu harmonisieren.

*Le Monde*, *Le Figaro* und *L'Aurore* schätzten diese Möglichkeit in der Frage des britischen EWG-Beitritts, der europäischen Integration und der atlantischen Verteidigungskonzeption gering ein. *Le Monde* und *L'Aurore* meinten, Adenauer teile zwar persönlich die Zurückhaltung und die Opposition de Gaulles gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens, aber er werde nicht zwischen Großbritannien und Frankreich vermitteln oder gar die französische Position unterstützen, da er auf die probritische Einstellung nicht nur der Opposition, sondern seiner eigenen Regierungsmehrheit Rücksicht nehmen muß.

Lediglich André François-Poncet, früherer französischer Botschafter in Berlin und Bonn und außenpolitischer Kommentator von *Le Figaro*, glaubte noch vor dem Scheitern der Brüsseler Ver-

handlungen über das britische Beitrittsgesuch zum Gemeinsamen Markt am 26. Januar 1963 an eine Vermittlerrolle Adenauers und meinte sogar: „S'il avait été plus vieux d'un mois, le traité aurait sans doute permis d'éviter la crise qui, à Bruxelles, a opposé la France à ses cinq partenaires de la Communauté économique européenne. Le général de Gaulle aurait averti de ses intentions son allié de Bonn, et celui-ci l'aurait rendu attentif à la gravité des conséquences qui pouvaient en résulter.“ Hier war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, denn die Realität widerlegte sehr bald François-Poncets Annahmen.

Auch in der Frage der europolitischen Einigung sahen *Le Monde* und *L'Aurore* keine Möglichkeit für eine Harmonisierung des deutschen und des französischen Standpunktes. In seinem Kommentar zum Pariser Vertrag schrieb *Le Monde* unter der Überschrift: *Europe fermée – Europe ouverte?* „A l'Europe fermée du général de Gaulle, M. Macmillan a opposé lundi l'idée d'une Europe ouverte sur l'Atlantique. Entre ces deux conceptions, le chancelier, pour sa part, s'est toujours refusé à choisir. La grande question qui commande tout l'avenir de la diplomatie gaulliste, c'est de savoir si, mis en demeure d'opter entre le leadership américain et le leadership français, le chancelier et ses successeurs inclineraient en faveur du second.“

Die ausführlichen Berichte und Kommentare in *Le Monde* über die innerdeutschen Auseinandersetzungen zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“, d. h. zwischen Anhängern und Gegnern einer pro-gaullistischen Orientierung der deutschen Außenpolitik, ließen keinen Zweifel darüber, wofür sich die große Mehrheit der deutschen Führungskräfte entschied bzw. längst entschieden hatte.

In seinem Bericht über die außenpolitische Debatte des Bundestages vom 6. Februar 1963 schrieb Roland Delcours in *Le Monde*: „Jusqu' ici la doctrine constante de la République fédérale portée sur les fonts baptismaux par les trois puissances occidentales, a été de considérer l'amitié franco-allemande (...) comme le fondement de l'Europe unie, constamment approuvé par les Etats-Unis.“ Seit der Rückkehr de Gaulles an die Macht



1958 hat sich jedoch ein „fundamentales Mißverständnis“ in den deutsch-französischen Beziehungen entwickelt, das sich schließlich in Brüssel in seinem vollem Umfang gezeigt hat.

Während Adenauer weiterhin die deutsch französische Zusammenarbeit innerhalb der westlichen Allianz zu entwickeln suchte, versuchte de Gaulle, die Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten zu trennen. „On comprend dans ces conditions que les Allemands aient l'impression d'avoir été dupés.“ Viele lehnten deshalb Adenauers pro-gaullistische Politik ab.

„Le chancelier a, contre la majorité de son cabinet, contre au moins les deux tiers du Bundestag, contre la pensée et la volonté de presque toute l'opinion allemande, mené avec le general de Gaulle une sorte de diplomatie secrète qui est devenue insupportable.“ Die Mehrheit der Regierungskoalition aus CDU und FDP wünscht, daß Erhard den Widerstand gegen Adenauer organisiert und seine pro-gaullistische Politik zu Fall bringt. Adenauer gibt sich jedoch noch nicht geschlagen und er wird sich wahrscheinlich erneut durchsetzen. Allerdings wird er seinen Gegnern entgegenkommen müssen. Die Mehrheit der deutschen Führungskräfte lehnt Adenauers pro-gaullistische Politik ab und will sich nicht von Großbritannien und den Vereinigten Staaten trennen, sie will sich aber auch nicht als Instrument gegen de Gaulle mißbrauchen lassen.

Daß Adenauer im Grunde genommen die Ansicht der Bundestagsmehrheit teilte, schien *Le Monde* anzunehmen, denn André Fontaine überschrieb seinen Kommentar zur außenpolitischen Debatte des Bundestages mit dem Satz: „Le Dr. Adenauer réaffirme la fidélité de l'Allemagne à la coopération avec les Etats-Unis“ und Roland Delcour berichtete in der gleichen Ausgabe, Bundeskanzler Adenauer habe im Bundestag erklärt: „Le traité (franco allemand) est une condition fondamentale de l'intégration européenne.“

*L'Aurore* vertrat die gleiche Ansicht wie *Le Monde* über die außenpolitische Einstellung der bundesdeutschen Führungsschicht. Sein Deutsch-

landkorrespondent, Roland Faure, überschrieb seinen Bericht über die außenpolitische Debatte des Bundestages mit dem Satz: „Adenauer plus que jamais partisan de leadership américain pour la défense occidentale“ und meinte am folgenden Tag, die Bundestagsdebatte vom 7. Februar habe gezeigt, daß die Mehrheit der deutschen Abgeordneten sowohl für die deutsch-französische Aussöhnung als auch für den britischen EWG Beitritt und die atlantische Orientierung Europas ist.

Auch *Le Figaro* konstatierte die deutsch französischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der inneren Organisation und der äußeren Orientierung Europas. Er glaubte jedoch, diese Meinungsverschiedenheiten gerade mit Hilfe des deutsch-französischen Vertrages, namentlich seiner Konsultationsvereinbarungen, allmählich überwinden zu können. Voraussetzung dafür sei allerdings, so meinte er, daß de Gaulle Deutschland nicht zur Wahl zwischen Paris und London bzw. Washington zwingt. (...)

Bis auf *Le Figaro* (und *La Nation*) vertrat somit die französische Presse die Meinung, der Pariser Vertrag beseitige nicht die deutsch-französischen Gegensätze in der Frage des britischen EWG-Beitritts, der europäischen Einigung und der atlantischen Zusammenarbeit. Wohl aber irritierte er die übrigen EWG-Staaten (Italien/Benelux) durch seinen Bilateralismus, weil dieser diesen den Eindruck vermittele, auf den zweiten Platz verwiesen worden zu sein.

André François-Poncet widersprach in *Le Figaro* heftig dieser Ansicht. Die beiden vertragschließenden Partner hätten ausdrücklich versichert, daß ihr Abkommen nicht exklusiv sei, sondern anderen offenstehe. Diese Erklärung sei wichtig, denn sie zeige, „que l'accord francoallemand soit le noyau d'un accord plus large, mais non pas que l'harmonie des Deux porte tort à l'harmonie des Six ou la rende impossible“. Der Vertrag enthalte daher nichts, das die anderen EWG-Staaten irritieren könne. „S' ils le reconnaissaient et agissaient en conséquence, on aboutirait à la naissance de cette union politique qui doit résulter du Marché commun et qui reste malheureusement en suspense...“

Demgegenüber wies *Le Combat* auf den offensichtlichen Widerspruch zwischen den Konsultationsvereinbarungen und dem Geist der Römischen Verträge hin. Der Zweck der Konsultationsvereinbarungen sei die Harmonisierung der deutschen und französischen Standpunkte, der Geist der Römischen Verträge verlange aber die Harmonisierung der Standpunkte aller EWG-Staaten im Rahmen der EWG-Institutionen. (...)

Die Gegner des deutsch-französischen Bilateralismus begründeten ihre ablehnende Haltung gegenüber der gaullistischen Politik fast ausschließlich mit europäischen und atlantischen Interessen. Nur selten beriefen sie sich auf die nationalen Interessen der Bundesrepublik, die allerdings in ihren Vorstellungen mit den europäischen und atlantischen identisch waren. „Unser erstes nationales Interesse ist die Sicherheit“, bekannte Hans Gresmann in *Die Zeit*. „Sie scheint uns, die wir keinen Grund haben, an der Bündnistreue der Amerikaner zu zweifeln, weit eher durch die amerikanischen Verpflichtungen in Europa gewährleistet als durch die nuklearen Prestige-Anstrengungen unserer französischen Nachbarn.“

An zweiter Stelle rangierte für die Gegner des deutsch-französischen Bilateralismus die Wiedervereinigung. Marion Gräfin Dönhoff meinte in *Die Zeit*, de Gaulle wolle nicht die Wiedervereinigung und er habe auch nicht die Macht, sie zu erzwingen. „Es gibt nun einmal nur zwei Machtzentren in der Welt. Eine ‚dritte Kraft‘ gibt es nicht. Jene Dritten haben zwar auch Kraft, die, wenn sie zur amerikanischen addiert wird, durchaus respektabel ist, aber subtrahiert und isoliert kann sie niemandem imponieren.“

Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung war die Macht des Westens. Diese Überzeugung teilten alle Anhänger einer pro-amerikanischen Orientierung der deutschen Außenpolitik. „Es wäre unverantwortlich, wenn wir uns aus dem ‚Grand Design‘ der Amerikaner und deren sicheren Schutz lösten“, warnte Gräfin Dönhoff, „um der großen Vision eines noch zu entwerfenden ‚Grand Design‘ von General de Gaulle nachzuirren.“

Auch ihr Kollege Theo Sommer äußerte die Überzeugung, „ohne die Amerikaner ist der ‚Status quo‘ in Europa nicht zu bewahren. (...) Kennedy kann die Wiedervereinigung nicht herbeizaubern. Aber wenn wir fest an der Seite der Vereinigten Staaten bleiben – und nur dann! – wäre doch eine Entwicklung denkbar, an deren Ende schließlich die Wiedervereinigung Europas und Deutschlands stünde.“

Ferner bezweifelte ebenfalls Theo Sommer die französische Bereitschaft, das deutsche Streben nach Wiedervereinigung zu unterstützen. Es „stellt sich ja die Frage“, schrieb er, „ob die Wiedervereinigung eigentlich in die Logik des gaullistischen Europaentwurfs paßt. Würde sie nicht, käme sie zustande, Frankreichs angestrebte Vorherrschaft brechen? Und hat nicht der General in seinen Memoiren unmißverständlich geschrieben, es gelte die Auferstehung eines neuen Reiches zu verhindern, „um die Vorherrschaft Frankreichs zu gewährleisten?“

Gräfin Dönhoff widersprach aber auch der These der pro-gaullistischen Neutralisten, de Gaulle könnte Deutschland über ein Disengagement in Europa die Wiedervereinigung bringen. „Im Gegenteil“, argumentierte sie, „er ist auf dem besten Wege, die einzigen, die eines Tages solche Maßnahmen vorschlagen, verhandeln und garantieren könnten (nämlich die Amerikaner), aus der hierfür erforderlichen Schlüsselposition zu vertreiben. Es ist aber zweierlei, ob Washington oder Paris ein Disengagement vorschlagen.“

*Die Zeit* war jedoch nicht die einzige deutsche Zeitung bzw. Zeitschrift, die ihre anti-gaullistische Position ebenfalls mit den nationalen Interessen der Bundesrepublik begründete. Auch *Die Welt* vertrat die Ansicht, die nationalen Interessen Deutschlands seien mit einer pro-gaullistischen Orientierung der deutschen Außenpolitik unvereinbar. „Für uns geht es um unsere Sicherheit“, schrieb sie unmittelbar vor der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages. „Für uns geht es darum, ob wir uns sehenden Auges der stärksten Macht des Westens, den Vereinigten Staaten, entfremden und zum dritten Mal in diesem Jahr-

hundert auf eine dauerhafte Verbindung mit Großbritannien verzichten wollen.“

## Die Ratifizierungsdebatte

Die Debatte, die über die Frage der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages in der deutschen Öffentlichkeit geführt wurde, zeige, daß die Anhänger des deutsch-französischen Bilateralismus nicht nur in der Presse, sondern auch in den Parteien eindeutig in der Minderheit waren. Dies veranlaßte Adenauer, nach einer Kompromißformel in der Frage der Präambel zu suchen, die den Gegnern des deutsch-französischen Bilateralismus eine Zustimmung zum Vertrag auch ohne Präambel ermöglichen würde. Seine Bemühungen führten am 1. März 1963 zur Verabschiedung einer EntschlieÙung des Bundesrates durch die von den Regierungsparteien geführten Länder, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, darauf hinzuwirken, daß durch die Anwendung des Vertrages die „großen Ziele“ der deutschen Außenpolitik gefördert werden:

- Die enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten
- die gemeinsame Verteidigung im Rahmen der NATO
- die Integration der Streitkräfte der Bündnispartner
- die Einigung Europas unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten
- der Abbau der Handelsschranken im Rahmen des GATT
- die Wiederherstellung der deutschen Einheit

Die Gegner des deutsch-französischen Bilateralismus gaben sich jedoch nicht mit der Erklärung des Bundesrates zufrieden, sondern forderten, „daß im Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag ausdrücklich festgehalten werde, daß dieses Abkommen in den Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, der NATO, der Westeuropäischen Union und auch in den Rahmen des Deutschlandvertrages eingefügt sei.“

Aus dieser Forderung der Opposition, der sich führende Politiker der Regierungsparteien (Schröder,

Mende, Brentano) anschlossen, entstand die Idee einer Präambel zum Vertrag, die dessen Einbindung in das westliche Vertragssystem feierlich bekräftigen sollte.

Bei der nun einsetzenden Debatte über die Präambel ging es formal um die Frage, ob die Präambel ein völkerrechtlich verbindlicher Teil des Vertrages sein solle und daher Neuverhandlungen mit Frankreich notwendig machen würde oder ob sie lediglich eine politische Willensbekundung bilde, die nicht Bestandteil des Vertrages sein würde und daher auch keine neuen Verhandlungen mit Paris erfordere. Inhaltlich drehte sich die Debatte vor allem um die beiden Fragen, die schon die bisherige Auseinandersetzung um den deutsch-französischen Vertrag bestimmten, nämlich: „Nützt oder schadet der Vertrag den deutsch-französischen Beziehungen“ und zweitens „Ist der Vertrag mit den grundlegenden Zielen und Verpflichtungen der deutschen Außenpolitik vereinbar?“

*Die Welt*, die sich bereits bei Vertragsabschluß scharf gegen einen deutsch-französischen Bilateralismus ausgesprochen hatte, unterstützte massiv die Forderung nach einer Präambel. Am 28. März 1963 veröffentlichte sie unter der Überschrift: „Hallstein meldet Bedenken zum Vertrag Paris-Bonn an“ die Rede des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, in der dieser für die vertragliche Einbindung des deutsch-französischen Vertrages in die Europäische Gemeinschaft eintrat. Am folgenden Tag, dem 29. März 1963, schrieb sie: „Der deutsch-französische Vertrag wird vom Bundestag nicht ohne Zusatz ratifiziert werden; das betonen alle Parteien in Bonn angesichts der Bedenken, die der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, öffentlich geltend gemacht hat. (...) Bundesminister Schröder tritt auch jetzt noch für eine EntschlieÙung des Bundestages ein, die zusammen mit dem ratifizierten Vertrag dem französischen Partner übergeben werden soll. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, von Brentano, wünscht, daß der Vertrag mit der größtmöglichen Mehrheit ratifiziert wird. Das ist im Bundestag dahingehend interpretiert worden, daß er den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten entgegenkommen möchte.“ (...)

## Die Ratifizierung

Als schließlich der Vertrag am 16. Mai 1963 vom Bundestag fast einstimmig ratifiziert wurde, verkündete Robert Strobel triumphierend in *Die Zeit*, dies sei nur dank der Präambel möglich gewesen. Er verschwieg jedoch, daß die Präambel dem Vertrag weitgehend seine politische Substanz genommen hatte, indem sie ihn fest in das westliche System integrierte. Die Ratifizierung des Vertrages löste deshalb auch weder diesseits noch jenseits des Rheins Begeisterungstürme aus. „Aber vielleicht bietet die verhaltene, nüchterne Resonanz auf diesen Abschluß einer längeren Entwicklung eine verlässlichere Gewähr für die gemeinsame Zukunft als leidenschaftliche Emotionen, die schon oft so Großes anzukündigen schienen und dann so rasch wieder verflackern“, gab er zu bedenken. Sein Resümee klang aber dann doch wieder eher negativ: „Was Stresemann und Briand vor vierzig Jahren mit redlichem Bemühen versuchten – ohne Erfolg, weil die Zeit noch nicht reif war – haben nun Adenauer und de Gaulle vollbracht. Die Ausstrahlungskraft, die die Einigung Frankreichs und Deutschlands damals hatte, haben konnte, wird der Aussöhnung heute wohl versagt bleiben. Dazu ist die Stellung der beiden Länder zu schwach geworden, die Welt zu sehr verändert.“ Paul Wilhelm Wenger meinte dagegen im *Rheinischen Merkur*, das in der Präambel niedergelegte Bekenntnis zu einem größeren Europa mit Einschluß Englands und zur atlantischen

Gemeinschaft wäre in diesem Ausmaß überflüssig gewesen, „wenn man rechtzeitig zur Kenntnis genommen hätte, daß Paris nicht an der NATO rüttelt, sondern im Interesse Europas deren überholte hegemoniale Strukturen korrigieren will“. Als Beweis für seine These zitierte er den folgenden Satz aus der Ratifizierungsbegründung der französischen Regierung für das französische Parlament: „Die französische Regierung wünscht ihrerseits, daß eine ähnliche Zusammenarbeit mit ihren anderen europäischen Partnern eingerichtet werden kann, wenn diese es wünschen, und sie ist bereit, zu diesem Zweck in jedem Augenblick Verhandlungen aufzunehmen.“ (...)

Die Übertragung dieser engen deutsch-französischen Freundschaft auf die anderen Partner, erklärte er, kann aber „nur in der baldigen Stiftung der Europäischen Union liegen, da nur eine solche Institution die technische Möglichkeit zu regelmäßiger Zusammenarbeit der Regierungschefs und der Minister bietet“. „Die engere deutsch-französische Union, die das Kardinalziel des Paktes bildet, ist dabei ebensowenig hinderlich wie die Existenz der Beneluxunion und die anglo-amerikanische Sonderfreundschaft innerhalb der NATO. Nur auf diesem Wege kann auch die EWG im wirtschaftlichen Bereich jene größere Beweglichkeit für die Werbung des Gemeinsamen Marktes erlangen, die sie hinsichtlich der Vereinigten Staaten, Englands und der Neutralen braucht.“ (...)